

59/MT-BR/2020

MITTEILUNG**an das Europäische Parlament, den Rat und an die Europäische Kommission****gemäß Art. 23f Abs. 4 B-VG****des EU-Ausschusses des Bundesrates****vom 4. November 2020****COM (2020) 299 final****Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen/Förderung einer klimaneutralen Wirtschaft: Eine EU-Strategie zur Integration des Energiesystems (028640/EU XXVII.GP)****Antrag auf Mitteilung an die Europäische Kommission, den Rat der EU und das Europäische Parlament gemäß Art. 23f Abs. 4 B-VG**

Die Europäische Kommission hat am 8. Juli 2020 die Strategie zur Integration des Energiesystems als Bestandteil des Europäischen Grünen Deals vorgelegt. Mit der Strategie strebt die EU Kommission (EK) an, Energieträger, Infrastrukturen und Verbrauchssektoren (Industrie, Verkehr, Gebäude) enger miteinander zu verknüpfen, um Klimaneutralität bis 2050 kosteneffizient zu erreichen.

Zur Umsetzung benennt die Kommission konkrete Maßnahmen: Der Ausbau erneuerbarer Energiequellen für die Stromversorgung ist ebenso Bestandteil der Strategie wie eine raschere Elektrifizierung des Energieverbrauchs. Ein großes Potential für die Deckung eines künftig erhöhten Strombedarfs sieht die EK im beschleunigten Ausbau der Offshore-Stromerzeugung aus erneuerbaren Energie (vor allem Wind). Ebenso wird für den Gebäudesektor eine stärkere Elektrifizierung für Raumheizung und –kühlung forciert. Zur Dekarbonisierung des Verkehrssystems setzt die EK künftig verstärkt auf Elektromobilität. Die geplanten Maßnahmen sollen in konkrete legislative Vorschläge einfließen.

Der Bundesrat begrüßt die Mitteilung der EK über die Strategie für eine intelligente Sektorenintegration. Maßnahmen zur Sektorintegration sind notwendig, um langfristig Klimaneutralität zu erreichen. Um unser Energiesystem auf kosteneffizientem Weg umzugestalten, müssen bestehende und neue Technologien sowie bestehende und gegebenenfalls neue Infrastruktur in einem wirtschaftlich und ökologisch optimalen Zusammenspiel genutzt werden. Hierfür bedarf es Mechanismen und Vorgaben, die gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle Energiequellen und -träger und einen Handel in der EU ermöglichen.

Die Nutzung der Energieressourcen, die Wahl zwischen verschiedenen Energiequellen und die allgemeine Struktur der Energieversorgung sollte den Mitgliedstaaten überlassen werden. Ferner gebietet Art. 5 EUV, dass den Mitgliedstaaten auch bei der Neugestaltung ihrer nationalen Energie- und Klimapolitik ein ausreichender rechtlicher Spielraum verbleibt, eine eigene nationale Strategie zur Integration des Energiesystems festzulegen.

Eine nationale Strategie zur Integration des Energiesystems ist insofern notwendig, da aufgrund der unterschiedlichen geographischen Bedingungen eine von der EK in der Strategie vorgesehene verstärkte Offshore-Stromerzeugung für ein Binnenland wie Österreich faktisch keine Option wäre. Ebenso ist die in Österreich notwendige Erneuerung von kleinen und mittleren Wasserkraftwerken in den nächsten 10 Jahren aufgrund strenger wasserrechtlicher Rahmenbedingungen, die sich aus europäischen Rechtsakten ergeben, mit sehr hohen Kosten verbunden. Auch hier bedarf es eines ausreichenden rechtlichen Spielraums, um eine nationale Strategie, wie etwa eine „Revitalisierungsstrategie für kleine und mittlere Wasserkraftwerke“ eigenständig festzulegen. Im Verkehrsbereich setzt die EK in der Strategie primär auf eine Elektrifizierung des Individualverkehrs, anstatt auch andere Optionen zur Dekarbonisierung und Verringerung der Umweltverschmutzung, wie die Verkehrsverlagerung in Richtung Öffentlicher Verkehr, in Betracht zu ziehen. Mit welcher Technologie Gebäude künftig beheizt und gekühlt werden, muss ebenso in der Entscheidungsbefugnis der Mitgliedstaaten verbleiben.

Auf dem Weg in Richtung eines integrierten Energiesystems kann Wasserstoff eine Schlüsselrolle spielen. Vorrangiges Ziel der EK ist die Entwicklung von erneuerbarem Wasserstoff. Europa soll bei der Entwicklung und der Einführung einer Wertschöpfungskette für sauberen Wasserstoff weltweit eine Vorreiterrolle übernehmen. Um Projekte zügig zu realisieren, will sich Brüssel der neu gegründeten „European Clean Hydrogen Alliance“ bedienen. Das breit aufgestellte Stakeholder-Forum soll eine Liste konkreter Projekte erarbeiten.